

Schweiz

Plötzlich diese Übersicht

Der Rückzug der Rasa-Initiative vereinfacht die Schweizer Europapolitik schlagartig. Die neue Schlachtordnung heisst jetzt: Alle gegen die SVP und ihre Begrenzungsinitiative.

Markus Häfliger

Die wirklich wichtigen Entscheide fallen in der Schweiz oft im Bahnhofbuffet Olten. So auch an diesem Montagabend, als hier um 18.35 Uhr die entscheidende Sitzung des Komitees der Rasa-Initiative beginnt, zeitlich abgestimmt auf die Zugankünfte aus allen Richtungen. Weniger als 24 Stunden später verkündet das Komitee in Bern seinen Entscheid, auf den man im Bundeshaus seit Monaten gewartet hat: Die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Kontingenten», kurz Rasa, wird zurückgezogen. «Sie dürfen aufatmen!», meint das Komiteemitglied Franziska Barmettler mit ironischem Unterton zu rund zehn National- und Ständeräten, welche die Medienkonferenz direkt mitverfolgen.

Seitdem die Initiative im Dezember 2014 lanciert wurde, hat sie diesen Parlamentariern schwere Bauchschmerzen bereitet. Und jetzt, da man mit der Abstimmung Mitte nächsten Jahres rechnen musste, haben einige von ihnen noch einmal alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Mitglieder des elfköpfigen Initiativkomitees vom Rückzug zu überzeugen. Entsprechend erleichtert zeigten sich SP-, CVP- und FDP-Vertreter nach dem Entscheid der Rasa-Leute.

«Nicht zu gewinnen»

Lanciert wurde die Rasa-Initiative im Dezember 2014 als Reaktion auf die Annahme der SVP-Masseneinwanderungsinitiative zehn Monate zuvor. Der Initiativtext verlangte, den neue Zuwanderungsartikel 121a wieder ersatzlos aus der Verfassung zu streichen. Im Oktober 2015 wurde die Initiative mit 108 640 gültigen Unterschriften eingereicht.

Doch seither ist in der Europapolitik viel passiert. Erstens hat das Parlament den Zuwanderungsartikel mit dem «Inländervorrang light» nur sehr gummig umgesetzt. Zweitens ist das Referendum gegen diese weiche Umsetzung gescheitert, womit das von den Rasa-Initianten befürchtete Ende des bilateralen Weges abgewendet wurde. Drittens ist die Zuwanderung auch unabhängig vom Artikel 121a stark zurückgegangen.

In dieser Phase ist eine erneute Abstimmung über den Zuwanderungsartikel das Letzte, was die Parteien ausserhalb der SVP sich wünschen. Der Rechtsprofessor und Mitinitiant Thomas Geiser glaubte zwar bis zuletzt, dass ein Sieg an der Urne möglich gewesen wäre, wie er vor den Medien erneut durchblicken liess. Doch diese Meinung teilen ausserhalb seines Komitees nur wenige. «Die Initiative wäre nicht zu gewinnen gewesen», urteilen sogar Pro-Europäer wie der SP-Nationalrat Tim Guldemann.

Die grosse Angst in den anderen Parteien hatte nicht direkt mit der Rasa-Initiative zu tun, sondern mit der nächsten Volksinitiative der SVP: Die «Begrenzungsinitiative» soll im Januar 2018 lan-



Hat bis zuletzt an einen Sieg an der Urne geglaubt: Rechtsprofessor und Rasa-Mitinitiant Thomas Geiser. Foto: Anthony Anex (Keystone)

«Wäre die Initiative abgelehnt worden, wäre das eine Steilvorlage für die SVP gewesen.»

SP-Nationalrat Tim Guldemann

ciert werden und richtet sich - anders als die Masseneinwanderungsinitiative - frontal gegen die bilateralen Verträge. Diesmal verlangt der Initiativtext explizit, das Personenfreizügigkeitsabkommen sei zu kündigen, falls die EU nicht in seine Anpassung einwillige.

Im Kampf gegen diese Begrenzungsinitiative empfanden die anderen Parteien die Rasa-Initiative als Störfaktor. Selbst überzeugte Gegner des Artikels 121a waren gegen Rasa, weil sie nicht noch einmal schlafende Hunde wecken wollten. «Wäre die Initiative an der Urne abgelehnt worden, wäre das eine Steilvorlage für die SVP gewesen», sagt Gul-

dimann. Und CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter fürchtete sogar, «dass eine Ablehnung von Rasa als Nein zum ganzen bilateralen Weg gedeutet worden wäre».

Endlich der Showdown

Mit dem Rückzug sei die Debatte um die Masseneinwanderungsinitiative abgeschlossen, sagt GLP-Nationalrat Martin Bäumle. «Nun können wir wieder nach vorne schauen.» Nach vorne heisst: auf die Begrenzungsinitiative. Die Schweizer Europapolitik, die bis gestern noch sehr unübersichtlich war mit einer Front gegen die SVP und einer anderen gegen Rasa, hat sich nun stark vereinfacht. Mit dem Rückzug der Initiative gibt es nun noch eine Front: die SVP und ihre Begrenzungsinitiative gegen alle anderen. Anders als bei Rasa dominiert bei den SVP-Gegnern bei dieser Abstimmung nicht die Angst. Denn sie glauben, dass der Urnengang gegen die Begrenzungsinitiative zu gewinnen ist.

Es sei wichtig, dass sich der Souverän endlich über das Sein oder Nichtsein des bilateralen Weges äussern könne, sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni. «Wenn uns die SVP eine Abstimmung über diese Grundsatzfrage anbietet, nehmen wir sie gerne an.» Und ganz nebenbei erlaube es dieser Urnengang auch, den Widerspruch zwischen dem Artikel 121a und dem Umsetzungsgesetz vom Volk legitimieren zu lassen, sagt Caroni, der diesen Widerspruch immer kritisiert hat. Auch Bäumle freut sich auf den europapolitischen Showdown mit der SVP und hofft darauf, «dass sie die Kündigung der Personenfreizügigkeit im Initiativtext wirklich klar und deutlich fordert». Nur so sei endlich ein Volksentscheid möglich, der die Debatte um den bilateralen Weg beende.

So weit, so klar. Komplizierter wird die Schweizer Europapolitik dann allerdings schlagartig wieder, sobald das vom Bundesrat angestrebte institutionelle Rahmenabkommen spruchreif werden sollte.

Transparenzoffensive hat im Nationalrat keinen Erfolg

Der Nationalrat tut sich schwer mit zusätzlicher Transparenz. Am Dienstag hat er zwar eingehend über neue Offenlegungspflichten diskutiert. Die wichtigsten Änderungen fanden aber keine Mehrheit. Obwohl es um die Umsetzung zahlreicher Vorstösse aus dem Parlament selber ging, gab es schon gegen das Eintreten grossen Widerstand.

Der Nationalrat sprach sich dagegen aus, dass die Ratsmitglieder im Register der Interessenbindungen neu auch den Arbeitgeber angeben müssen. Erfolglos hatte die Staatspolitische Kommission zudem beantragt, dass Unterlagen aus den Kommissionen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können, sofern keine schützenswerten Interessen dagegensprechen.

So blieb es bei weniger weitgehenden Änderungen des Parlamentsrechts. Zugestimmt hat der Nationalrat zum Beispiel einem neuen öffentlichen Register über Auslandsreisen von Ratsmitgliedern. In diesem werden Reisen aufgelistet, die im Auftrag und auf Kosten der Bundesversammlung durchgeführt werden. Nicht offengelegt werden Reisen auf Einladung von Interessengruppen. Weitere Änderungen betreffen das Verfahren zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität, die Ordnungsanträge oder die Fristen zur Behandlung von Volksinitiativen.

Gescheitert ist hingegen der Antrag, mit den Ratssitzungen statt um 8 Uhr wie der Ständerat erst um 8.15 Uhr zu beginnen. Die Befürworter argumentierten mit den günstigeren Bahnverbindungen, scheiterten aber am Widerstand gegen eine zusätzliche Viertelstunde am Mittag. Die Änderungen des Parlamentsrechts gehen nun an den Ständerat. (sda)

Kurz

Wasserkraft Stromvorlage droht der Absturz

National- und Ständerat entscheiden morgen, ob die Wasserkraft zusätzlich unterstützt werden soll. In der Einigungskonferenz hat sich der Ständerat durchgesetzt, der eine Unterstützung will. Im Nationalrat droht der Vorlage deshalb der Absturz. SVP- und FDP-Vertreter beantragen den Räten, den Antrag der Einigungskonferenz abzulehnen und die Vorlage somit abzuschreiben. Stimmen die SVP und FDP im Nationalrat geschlossen in diesem Sinne, obsiegen sie. Damit würde das Gesetz zum Um- und Ausbau der Stromnetze an der Wasserkraftklausel scheitern, die mit diesem nichts zu tun hat und vom Ständerat eingebaut worden war. (sda)

Importe Initiative für faire Preise eingereicht

Kosmetika, Kleider und andere importierte Produkte sollen nicht mehr mit einem Schweiz-Zuschlag versehen werden. Das verlangt die Fair-Preis-Initiative. Vier Monate vor Ende der Sammelfrist haben die Initianten am Dienstag die Unterschriften eingereicht. Ausländische Lieferanten nutzten ihre Marktmacht aus, um die Preise in der Schweiz künstlich hoch zu halten, sagen die Initianten. Mit der Volksinitiative soll der Bund deshalb verpflichtet werden, das Kartellgesetz zu verschärfen. Ähnliche Vorstösse sind im Parlament wiederholt gescheitert. Hinter der Initiative stehen die Stiftung für Konsumentenschutz, Gastrouisse und der Wirtschaftsverband Swissmechanic. (sda)

Finanzplatz Bankgeheimnis im Inland wird nicht angetastet

Das Bankgeheimnis im Inland soll definitiv nicht gelockert werden. Das Parlament beauftragt den Bundesrat, auf eine Verschärfung des Steuerstrafrechts zu verzichten. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine entsprechende Motion oppositionslos angenommen. Mit dem Entscheid ist der Weg frei für einen Rückzug der Bankgeheimnis-Initiative. Das Initiativkomitee will in den nächsten Wochen entscheiden. Bei einem Rückzug der Initiative wäre der Gegenvorschlag nicht automatisch vom Tisch. Das Parlament müsste noch entscheiden, ob es diesen abschreiben will. (sda)

Leo Caprez von «Raus aus der Sackgasse»

«Wegen uns hat sich das Parlament zusammengerauft»

Das Hauptziel habe Rasa erreicht, so erklärt Mitinitiant Leo Caprez den Rückzug der Initiative.

Interview: Martin Wilhelm

Was wäre heute anders, wenn es die Rasa-Initiative nie gegeben hätte?

Weil Rasa da war, hat sich das Parlament zusammengerauft und eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beschlossen. Ausserhalb der darin vorgegebenen knappen Frist von drei Jahren hätte sonst wohl der Bundesrat den Schwarzen Peter gezogen und die Initiative per Verordnung umsetzen müssen. Damit hätte er eine Verletzung der bilateralen Verträge in Kauf genommen. Unser Hauptziel war immer der Erhalt der bilateralen Verträge, dies ermöglicht der Inländervorrang light.

Über das Rasa-Komitee und die Initiative wurde oft in einem

abschätzigen Ton gesprochen. Die Rede war etwa von «nützlichen Idioten», einer «Zwängerei».

Im Griechischen sind Idioten ja Personen, die nicht an der Demokratie teilnehmen können - und wenn wir nützlich waren, umso besser. Über manche Darstellungen haben wir uns natürlich geärgert. Es ist aber durchaus schön, dass ein wichtiges Thema auch emotional diskutiert wird. Ausserdem haben sich viele Leute bei uns dafür bedankt, dass wir da waren.

Sie hatten angekündigt, Rasa nur zurückzuziehen, wenn das Parlament einen Gegenvorschlag beschliesst. Eine leere Drohung?

Nein, der Entscheid zum Rückzug fiel erst am Montagabend - nachdem wir eine neue Lagebeurteilung vorgenommen hatten. Im Europadossier hat sich in letzter Zeit einiges verändert. Wir sind deshalb zum Schluss gekommen, dass Rasa nicht die richtige Frage zum richtigen Zeitpunkt wäre. Die von der SVP und der Auns angekündigte Initia-

tive zur Kündigung der Personenfreizügigkeit wird eine Klärung bringen.

Sind Sie enttäuscht, dass das Parlament keinen Gegenvorschlag beschlossen hat?

Wir haben bis zuletzt auf einen Gegenvorschlag gehofft. Es zeigte sich auch im Parlament, dass wir nicht die Einzigen sind, die sich eine Anpassung der Verfassung wünschen. Das Scheitern des Referendums gegen die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zeigt aber auch, dass es eine breite Unterstützung für das Vorgehen des Parlaments gibt. Wir sehen immer noch ein gewisses Risiko, dass sich die Verfassungsbestimmung zur Zuwanderung später als Stolperstein erweisen könnte. Eine Änderung liesse sich dann aber auch noch vornehmen. Das ist ja das Schöne in der Schweiz: Es kann jedermann jederzeit eine Verfassungsänderung anstossen.

Wie steht die Schweizer Bevölkerung Ihrer Ansicht nach heute zur Zuwanderung?

Es besteht sicher Verunsicherung angesichts von grossen Veränderungen. Diese wird in den kommenden Abstimmungskämpfen wieder bewirtschaftet. Da werden wir dagegenhalten müssen. In der Verantwortung stehen aber auch die Unternehmen. Sie müssen alles tun, um das vorhandene Potenzial an Arbeitskräften auszuschöpfen. Ich denke da an Arbeitslose, aber auch an Flüchtlinge und Frauen. Mit einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie lässt sich sehr viel bewegen. Das wird die Diskussion um die Zuwanderung verändern und zeigen, dass es bessere Lösungen gibt als Kontingente.



Leo Caprez
Vorstandsmitglied
des Vereins «Raus aus
der Sackgasse»
und Mitinitiant
der gleichnamigen
Initiative.